Von: Martin Klein [mailto:subaru-klein@t-online.de]
An: Oertel, Anja <Oertel@grasleben.de>
Betreff: Fwd: Südumgehung

Antrag der CDU/MF Gruppe zur Ratssitzung am 02.03.2022
Der Rat der Gemeinde Mariental beschließt, einer von der Gemeinde Grasleben und der Stadt Oebisfelde-Weferlingen verfolgten sog. „Südumgehung“ nicht zuzustimmen. Der Verwaltungsausschuss bereitet die Beschlussfassung entsprechend vor.
In einem jahrzehntelangen Prozess hat die Gemeinde Grasleben am 24.08.2020 beschlossen, „unter der Voraussetzung, dass eine länderüberschreitende Entlastungsstraße Grasleben – Weferlingen (Südumgehung) aus wirtschaftlichen Gründen vom Land Sachsen-Anhalt verworfen wird, dem Landkreis Helmstedt die Planung einer Nordumgehung gem. Anlage (Orientierungszeichnung) vorzuschlagen. Der Landkreis Helmstedt wird gebeten, die erforderlichen Mittel im Investitionsprogramm 2021-2026 einzuplanen“.
Sämtliche Hintergrund-Informationen sind auf der Homepage der Samtgemeinde unter t1p.de/kes ersichtlich.
Im Zuge der Erörterungen wurde die Frage aufgeworfen, wie die Gemeinde Mariental zu der sog. Südumgehung steht.
Nach aktueller Einschätzung der beteiligten Landes- und Kommunalbehörden stellt sich die Genehmigungsfähigkeit einer Südumgehung Graslebens als äußerst fragwürdig und kaum realisierbar dar. Auf dem Gebiet der Gemeinde Mariental würde die Trasse anliegende Trinkwasserschutzgebiete- sowie das Naturschutzgebiet “Grünes Band Deutschland” durchqueren. Die Streckenführung würde die Ortsteile Mariental-Horst und Dorf trennen, es hätte ganz erhebliche Folgen für die Lärmbelastung der Bürgerinnen und Bürger im betreffenden Bereich, und es hätte erhebliche Eingriffe in der Natur in der Gemarkung Mariental zur Folge. Es sind nachteilige Einschränkungen für die Landwirtschaft zu erwarten und es würden sämtliche Expandierungsmöglichkeiten mit dem Ziel einer Verbindung der Ortsteile Horst und Dorf unwiederbringlich verbaut.
Aufgrund der Tatsache, dass eine elementare und wesentliche Störung für die gesamte Gemeinde Mariental zu erwarten ist und diese völlig offensichtlich ist, kann von einer dezidierten Begründung dieser Tatsache abgesehen werden. Dabei werden die überschaubaren Vorteile der Südumgehung – nämlich die partielle Entlastung der OD Mariental – selbstredend nicht ignoriert. In Summe kann die Gemeinde Mariental aber nur zum Ergebnis kommen, die Südumgehung abzulehnen und dies nach Beschlussfassung der Gemeinde Grasleben schriftlich mitzuteilen. Aus Sicht der Gemeinde Mariental sollte die bisher geplante Nordumgehung in Grasleben umgesetzt werden.

Anlage:
Trasse der Südumgehung
Zeitungsartikel Volksstimme zum Treffen am 02.03.2022 in Weferlingen

--
Mit freundlichen Grüßen

Martin Klein

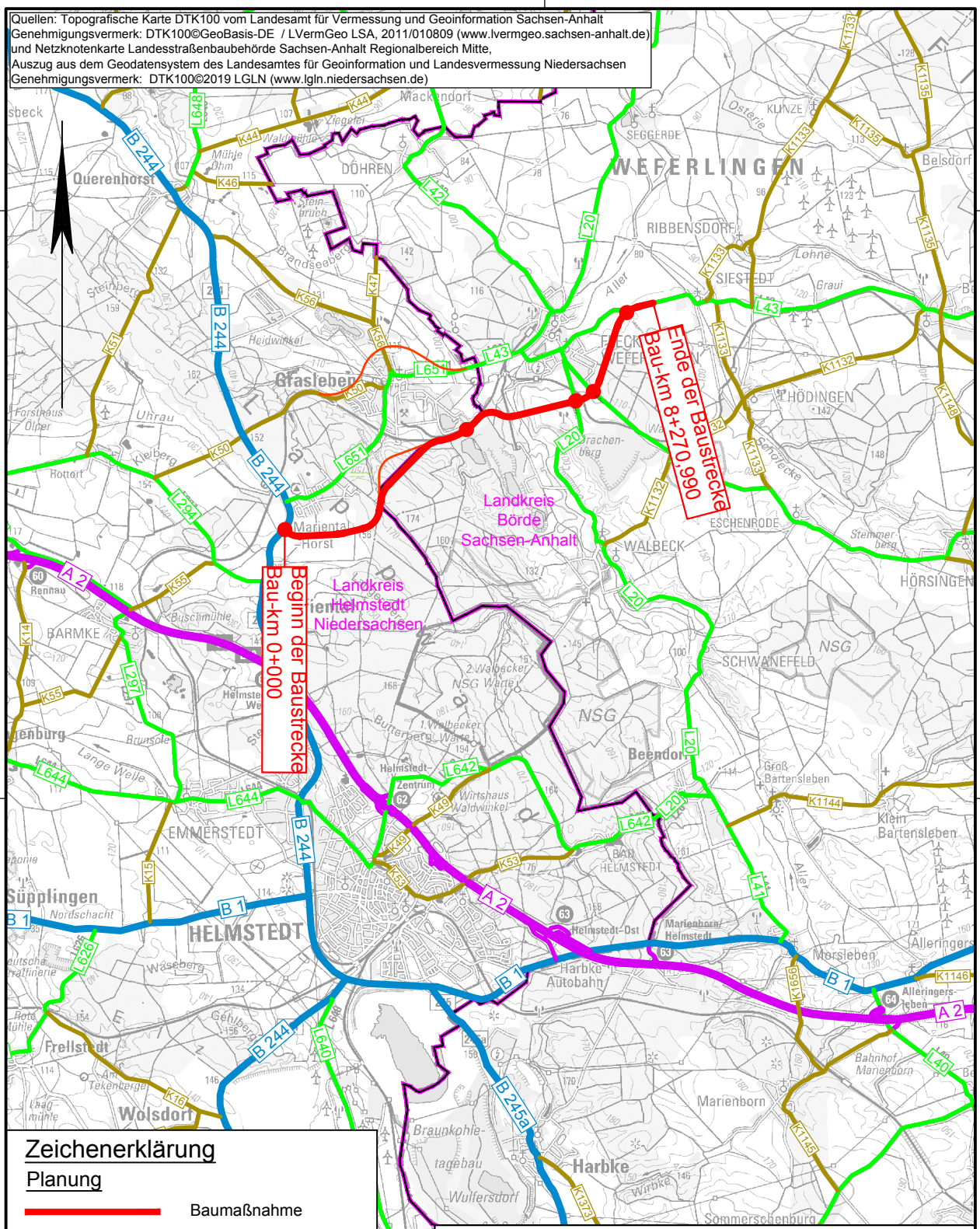
Autohaus Klein Inh. Martin Klein e.K.
Siedlung 7
38368 Mariental
TEL 05356-311
Mobil 0151-17132947
FAX 05356-1393
www.Die-Welt-ist-Klein.de

Öffnungszeiten :
Mo - Fr 7.30 bis 18.00 Uhr
Sa nach Vereinbarung
24h Not- und Abschleppdienst

Subaru Vertragshändler seit 1983 Hdl-Nr.231600
Kawasaki Vertragshändler seit 1998 Hdl-Nr. 31266
Suzuki Vertragshändler seit 2015 Hdl-Nr. 38866

ANT002/22

Quellen: Topografische Karte DTK100 vom Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt
Genehmigungsvermerk: DTK100©GeoBasis-DE / LVermGeo LSA, 2011/010809 (www.lvermgeo.sachsen-anhalt.de)
und Netzknotenkarte Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt Regionalbereich Mitte,
Auszug aus dem Geodatensystem des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen
Genehmigungsvermerk: DTK100©2019 LGLN (www.lgln.niedersachsen.de)



Zeichenerklärung

Planung

- Baumaßnahme
- Varianten
- Knotenpunkt plangleich

Straßennetz
vorhanden

- B 244 — Bundesstraße
- L 43 — Landesstraße / Staatsstraße
- K 50 — Kreisstraße
- kommunale Straße

Verwaltung

- Landesgrenze

Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt Regionalbereich Mitte	Unterlage: 02 Übersichtskarte
Straße: L 651n / L 43n Station: NK - NK Stat. 0+000 - 8+270	Maßstab: 1 : 100.000
PROJIS-Nr: 20034	Datum: 03/2020

L 651 / L 43 OU Weferlingen - Grasleben, Süd 3

erzeugt mit ProVI®

Format: 210x297mm
M:\435 - OU Grasleben-Weferlingen\Projekt\Teil B\3-ÜLP435-ÜELP_UEK mit EB-BW.dwg

Plot: 04/2020

Oebisfelde-Weferlingen

Redaktion:
Ines Jachmann (ij)
Lange Straße 57, 39646 Oebisfelde
Tel.: 039002/98 48 98, Fax: -99,
ines.jachmann@volksstimme.de
redaktion.oebisfelde@volksstimme.de

Polizeibericht

Meldungen

Bekommt die Südumgehung eine Chance?

Entlastungsstraße für Weferlingen-Grasleben: Vertreter aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen an einem Tisch

Zu einem Gespräch am Runden Tisch haben sich am Donnerstagabend in Weferlingen diverse Vertreter aus Politik und Wirtschaft getroffen. Das Thema: Die Entlastungsstraße für die Region Weferlingen und Grasleben. Ist die Nordumgehung wieder ad acta gelegt? Und gibt es Chancen für eine mögliche Südumgehung?

Grasleben und Weferlingen stöhnen seit Jahrzehnten unter enormer Verkehrsbelastung. Aber auch die Nachbarorte wie Eschnerode, Hörsingen, Walbeck oder Marienthal leiden unter dem Schwerlastverkehr zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Archivfoto: Gemeinde Grasleben

Von Ines Jachmann

Weferlingen • Seit über 20 Jahren wird über eine Umgehungsstraße in Grasleben und Weferlingen gesprochen. Ein Ergebnis gibt es bis heute nicht. Noch immer schlängelt sich der Schwerlastverkehr durch die engen Straßen in Walbeck, Weferlingen, Hörsingen, Grasleben und anderen Orten. Zum Ärger der Anwohner auf sachsen-anhaltinischer und niedersächsischer Seite. Es braucht eine Umgehungsstraße. Darüber sind sich alle einig. Doch wo genau die Trasse verlaufen soll, darüber wird seit über 20 Jahren debattiert.

Am Donnerstagabend haben sich nun erstmalig Vertreter aus den betroffenen Regionen in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen in Weferlingen zusammengesetzt. Dabei ging es um die Frage, wie der aktuelle Stand zur geplanten Nordumgehung ist (die Graslebener hatten 2020 dazu einen Beschluss gefasst, Volksstimme berichtete) und ob eine Südumgehung tatsächlich realisierbar ist.

An der Runde nahmen teil: Ekkehard Wallbaum, Abteilungsleiter für Natur und Wasserwirtschaft des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt, Sandra Hietel (CDU), Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt und die niedersächsische Landtagsabgeordnete Veronika Koch (CDU), die beiden Landräte Martin Stichnoth (CDU, Landkreis Börde) und Gerhard Radeck (Landkreis Helmstedt) sowie Bürgermeister, Ortsbürgermeister, Ratsmitglieder aus der Einheitsgemeinde Oebisfelde-Weferlingen und der Samtgemeinde Grasleben. Auslöser für dieses Treffen war ein offener Brief des Ortschaftsrates aus Weferlingen, in dem ganz klar ein Interesse an einer Umgehungsstraße für die Orte Walbeck, Hörsingen und Weferlingen bekundet wurde.

Südumgehung würde die gesamte Region entlasten

Fakt ist: Die gesamte Region um Weferlingen und Grasleben leidet unter dem Schwerlastverkehr zwischen den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Die teils engen Straßen sind für diese Belastung nicht ausgelegt. Der gesamte Lieferverkehr dreier Großbetriebe rollt durch die Orte. Diskutiert wurden viele Varianten. Übrig blieben zwei.

Die erste: Eine Nordumgehung - die bestehende Kreisstraße 56 (Vorsfelder Straße) wird bis zur Landesstraße nach Weferlingen verlängert. Der Rat der niedersächsischen Gemeinde Grasleben gab im August 2020 grünes Licht für den Bau dieser Variante. Allerdings kann dieser Beschluss wieder gekippt werden. Einen Antrag dazu hat die Gruppe aus SPD, Freiem Wählerbündnis und Bürgerliste aus Grasleben eingereicht. Eine endgültige Entscheidung wird es dazu erst am 14. März bei der Ratssitzung in Grasleben geben. Noch steht dieser Beschluss also.

Die Nordumgehung würde aber in „keinster Weise Abhilfe für Weferlingen und Umgebung schaffen“, betonte Dirk Kuthe, Ortsbürgermeister von Weferlingen.

Die zweite Variante: eine Südumgehung. Diese Trasse würde alle betroffenen Orte, also nicht nur Grasleben, sondern auch Marienthal und die gesamte Region auf sachsen-anhaltinischer Seite zwischen Walbeck, Hörsingen und Weferlingen entlasten. Das Verkehrsministerium des Landes Sachsen-Anhalt hatte diese Option geprüft und einen Ergebnisbericht vorgelegt.

Grünes Band schließt nicht den Bau einer Straße aus

Danach würde die Trasse durch Landschaftsschutzgebiet, Naturschutzgebiete und Flora- und Fauna-Habitate führen. Das Grüne Band als nationales Naturmonument wäre ebenfalls betroffen. Letzteres sei jedoch nicht automatisch ein Ausschlusskriterium für den Bau einer Südumgehung, stellte Ekkehard Wallbaum vom Umweltministerium Sachsen-Anhalt klar.

Dem schloss sich auch Professor Martin Sobczyk an. Der Unternehmer aus Weferlingen wies noch einmal nachdrücklich darauf hin, dass die seinerzeit gemacht Studie zur Südvariante des Verkehrsministeriums Sachsen-Anhalt mögliche Problempunkte aufzeigen sollte und als eine „planerische Basis zur Abschätzung von Risiken und Problemen“ zu verstehen sei.

Jetzt sei der richtige Zeitpunkt, die bereits abgeschriebene Südvariante nochmals ins Spiel zu bringen, betonte Sobczyk. Es gebe eine neue Koalitionsvereinbarung in Sachsen-Anhalt, die festschreibe, dass der Landesentwicklungsplan, der aus dem Jahr 2004 stammt, neu aufgestellt werden soll, so seine Begründung.

„Schöne Variante, aber nicht umsetzbar“, beschreibt Landrat Martin Stichnoth die Südumgehung. „Grünes Band, enorme Höhenunterschiede, FFH und Landschaftsschutzgebiete, Bergrecht. Ich weiß nicht, ob man all das wegflanken kann.“ Stichnoth unterstütze gerne eine Ortsumgehung, müsse aber auch das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis nehmen. Das Naturschutzrechtliche sei die größte Hürde, gab er zu bedenken. „Eine Südumgehung würde allen helfen. Nur lässt sich das Beste nicht immer auch umsetzen“, betonte Landrat Gerhard Radeck.

Nach 90 Minuten, in denen nochmals sämtliche Argumente für und wider eine Südumgehung benannt wurden, definierten die Teilnehmer der Runde eine klare Zielvorgabe.

Ziel: Beide Länder an einen Tisch zu bekommen

Zwei Delegationen, bestehend aus Landrat, Landtagsabgeordneten und Vertretern der betroffenen Gemeinden soll mit ihren zuständigen Ministerien in Magdeburg und Hannover Verbindung aufnehmen, mit der Prämisse, beide an einen Tisch zu bekommen und eine erneute Südvariante zu prüfen. Zudem soll in Oebisfelde-Weferlingen der Stadtrat bezüglich einer möglichen Südumgehung einen entsprechenden Beschluss fassen. Ein erstes Ergebnis dieser Bemühungen soll bis Ostern vorliegen.

Aktuell ist eine Ortsumgehung Weferlingen im derzeit gültigen Landesverkehrswegeplan nicht enthalten, erklärte Peter Mennicke, Pressesprecher Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt auf Nachfrage der Volksstimme.

Insofern bestehe für die Straßenbauverwaltung aktuell auch kein Handlungsbedarf zur Aufnahme entsprechender Planungen. „Im Koalitionsvertrag sind jedoch zwei Aufträge verankert, in deren Rahmen Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit dieses Vorhabens neu zu bewerten sind.“

Zum einen werde der Landesentwicklungsplan neu aufgestellt, zum anderen soll der Verkehrswegeplan auf den Prüfstand gestellt und mit einer nachhaltigen Perspektive bis 2040 fortgeschrieben werden. „Die Ortsumgehung Weferlingen wird hier natürlich einbezogen“, betonte der Pressesprecher.